

Dringlichkeitsentscheidung	Geschäftsbereich	4 -Zentrale Dienstleistungen 3 - Schutz und Ordnung
	Ressort / Stadtbetrieb	404 – Personal und Organisation 301 – Standesamt, Melde- und Ausländerangelegenheiten
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Frau Mäde / Herr Schmitz 563 44 46 / 563 58 37 563 80 29 / 85 85
	Datum:	30.12.1999
	Drucks.-Nr.:	7000/00 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
26.01.2000	Ausschuss Zentrale Dienste	Kenntnisnahme
02.02.2000	Ausschuss Schutz und Ordnung	Kenntnisnahme
Externe Wiederbesetzung von vier Stellen im Ressort 301 (Einbürgerung; Ausländerbehörde)		

Beschlussvorschlag

Der Geschäftsbereichsausschuss stimmt der externen Wiederbesetzung der Stellen zu.

Einverständnisse

Der Personalrat ist einverstanden.

Unterschrift

Dr. Geissler

Dr. Slawig

Begründung

Das ab dem 01.01.2000 anzuwendende neue Staatsangehörigkeitsrecht läßt einen großen Zuwachs des Antragsvolumens erwarten. Es muß daher sicher davon ausgegangen werden, dass das Ziel einer angemessenen kundenorientierten Bearbeitung nicht ohne Ausweitung des derzeitigen Personalbestandes zu erreichen ist.

Die Prüfung nach der Verfahrensregelung bei geplanter Neueinstellung hat folgendes ergeben:

1. Eine Optimierung der Arbeitsabläufe hat in den letzten Jahren ständig stattgefunden. Nach heutigem Stand können die Abläufe jedoch nicht derart verbessert werden, dass

eine Wiederbesetzung der Stellen ausbleiben könnte. Die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Einbürgerung ist zunächst befristet. Die Einstellungen sollen jedoch ohne zeitliche Befristung erfolgen, da eine Weiterbeschäftigung in anderen Bereichen der Stadtverwaltung vorgesehen ist.

2. Das Einbürgerungsverfahren ist eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung.
3. Eine interne Umsetzung unter Beachtung der Dienstvereinbarung zur Sicherung des sozialen Friedens und der INTAP-Umbauregeln ist nicht möglich, da keine geeigneten Fachkräfte zur Verfügung stehen.
4. Die Stellen im Bereich der Einbürgerung wurden nach Rücksprache mit Herrn Dr. Slawig intern und extern gleichzeitig ausgeschrieben. Von den sechs neugeschaffenen Stellen konnten vier durch interne Umsetzung besetzt werden.

Die Stellen im Bereich der Ausländerbehörde wurden bereits mehrfach im Mitteilungsblatt ausgeschrieben. Bewerbungen gingen nicht ein.

5. Eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung wäre bei Nichtbesetzung der Stellen nicht mehr möglich. Der bestehende Leistungsdruck auf die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist bereits jetzt kaum noch vertretbar.
6. Im Konzern stehen keine weiteren geeigneten Mitarbeiter/innen zur Verfügung.
7. Aus der Maßnahme „Arbeit statt Sozialhilfe“ und „ABM“ stehen keine geeigneten Bewerber/innen zur Verfügung.
8. Die Aufgaben können von keinem Dritten wahrgenommen werden.
9. Die Mehrkosten sind durch Mehreinnahmen aus den Gebühren für die Einbürgerung gedeckt. Für die 2 Stellen in der Ausländerbehörde ist Budget bereits überplanmäßig zur Verfügung gestellt worden. Das Ressort 301 wird die Vorgaben zur Einhaltung des Personalkostenbudgets 2000 beachten.
10. Der Personalrat ist mit den externen Besetzungen einverstanden.

Aufgrund der Erfüllung der Pflichtaufgabe nach Weisung (siehe Punkt 2) und der angespannten Personalsituation im Ressort 301 ist eine umgehende Neubesetzung der aufgeführten Stellen notwendig. Der Vorlage wird im Wege der Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW zugestimmt.

Zeitplan

Unter Berücksichtigung der o.g. Dringlichkeit sollen die externen Einstellungen spätestens zum 01.02.2000 erfolgen. Aus den vorliegenden Bewerbungen ist ersichtlich, dass geeignete Bewerber/innen zur Verfügung stehen.

Wuppertal, den 05.01.2000

Gez.
Dr. Kremendahl
Oberbürgermeister

Gez.
BM Hackländer
CDU-Fraktion

Gez.
Stv. Izgi
SPD-Fraktion

Gez.
Stv. Dudda-Dillbohner
SPD-Fraktion

Gez.
Stv. Pott
CDU-Fraktion